



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Kein drittes Hilfspaket für Griechenland: Für einen fairen und ehrlichen Umgang mit dem bayerischen Steuerzahler und dem griechischen Hilfsbedarf

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene gegen die Verhandlung und die Verabschiedung eines dritten Rettungspakets für Griechenland einzusetzen.

Begründung:

Am kommenden Freitag stimmt der Bundestag über das Mandat ab, auf dessen Basis die Bundesregierung in Verhandlungen über weitere Griechenlandhilfen treten soll. Ein weiteres Mal wird die Zustimmung über das dann verhandelte Paket notwendig sein. Für beide Vorgänge muss die Staatsregierung im Sinne der bayerischen Bürgerinnen und Bürger im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür sorgen, dass eine Fortsetzung der bisherigen Euro-Rettungspolitik verhindert wird. Staatsminister Dr. Markus Söder sagte zu Recht in einem Interview für DIE WELT, „dass der jetzige Prozess die Währung lähmt, Europa schwächt und die Wirtschaft destabilisiert.“ Die Kernfrage sei laut Söder: „Macht es Sinn, schlechtem Geld noch einmal gutes hinterherzugeben? Die Griechen-Rettung darf nicht zu einem endlosen Prozedere werden.“ Entsprechend soll die Staatsregierung in Verantwortung für die bayerischen Bürgerinnen und Bürger sich für ein Ende der bisherigen Euro-Rettungspolitik stark machen und sich dafür einsetzen, dass es weder ein Mandat für Verhandlungen eines neuen Pakets gibt, noch ein weiteres Paket die Zustimmung von deutscher Seite findet.